

23 Août 1886. Non seulement cette pièce n'a été produite que le 19 Novembre, soit postérieurement à l'arrêt de la Cour, et ne peut être prise en considération aux termes de l'art. 30 de la loi sur l'organisation judiciaire, mais encore cette question appellerait également l'application de dispositions du droit cantonal.

En ce qui concerne le moyen tiré de l'enrichissement illégitime du sieur Gœgg (art. 70 C. O.) le Tribunal fédéral serait compétent pour connaître de cette question. Toutefois les conclusions de la demande forment seulement une action en dommages-intérêts pour non-observation des clauses d'un contrat, aux termes des art. 110 et 112 C. O. Les instances cantonales n'ont donc pas eu à se prononcer sur le dit moyen, et le Tribunal de céans n'a pas, dès lors, à statuer sur une action qui n'a pas été ouverte.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

Le recours est écarté, et l'arrêt rendu le 31 Octobre 1887 par la Cour de Justice de Genève est maintenu tant au fond que sur les dépens.

V. Civilstreitigkeiten zwischen Bund und Kantonen.

Différends de droit civil entre la Confédération et des cantons.

85. Urtheil vom 1. Oktober 1887 in Sachen
Zürich gegen Bund.

A. Der Kaufmann Friß Brunner von Winterthur in Zürich wendete der „schweizerischen meteorologischen Centralanstalt“ durch Testamente vom 21. Januar 1884 und 28. April 1885 ein Vermächtniß von 100,000 Fr. zu „und zwar in der Mei-

nung, daß ihr nicht nur über die Zinsen des Kapitals sondern auch über letzteres selbst freies Verfügungsrecht zustehe, wenn sie der Mittel zur Erweiterung der Anstalt oder zur Förderung der Wissenschaft in irgend einer Weise bedarf.“ Am 1. Mai 1885 verstarb der Testator. Die schweizerische meteorologische Centralanstalt ist eine durch Bundesbeschluß vom 23. Dezember 1880 errichtete Bundesanstalt (mit Sitz in Zürich), welche an Stelle eines von der schweizerischen naturforschenden Gesellschaft gegründeten provisorischen meteorologischen Bureaus getreten ist.

B. Der Direktor der meteorologischen Centralanstalt und das eidgenössische Departement des Innern (welchem die Anstalt untersteht) erhoben beim Regierungsrathe des Kantons Zürich den Anspruch, daß das Legat der 100,000 Fr. als erbchaftssteuerfrei erklärt werde; sie wurden indeß mit diesem Begehren durch Schlußnahmen des Regierungsrathes vom 8. Mai und 14. August 1886 abgewiesen. Da seitens der Bundesbehörde die Erbchaftssteuerpflicht fortwährend bestritten wurde, so trat der Regierungsrath des Kantons Zürich mit Schriftsatz vom 19. Oktober 1886 beim Bundesgerichte gegen den schweizerischen Bundesrath als Vertreter des Fiskus der schweizerischen Eidgenossenschaft klagend auf. Er beantragt: Der Beklagte sei schuldig, an die Klägerschaft die Summe von 15,000 Fr. sammt Verzugszins seit 1. Mai 1886 zu bezahlen, indem er ausführt: Nach § 1 des zürcherischen Gesetzes betreffend die Erbchaftssteuer vom 27. Februar 1870 werde von allen im Kanton fällig werdenden Erbchaften und Vermächtnissen mit Ausnahme der in § 2 bezeichneten Fälle eine Steuer bezogen. Gemäß § 2 d leg. cit. seien von der Erbchaftssteuer ausgenommen „Vermächtnisse zu gemeinnützigen Zwecken oder an die öffentlichen Güter des Kantons oder der Gemeinden.“ Das Brunner'sche Legat zu Gunsten der schweizerischen meteorologischen Centralanstalt sei nun kein Legat zu gemeinnützigen Zwecken im eigentlichen Sinne des Wortes sondern ein solches zu Gunsten des Bundesvermögens i. e. der öffentlichen Güter des Bundes. Denn die schweizerische meteorologische Centralanstalt sei eine bloße statio fisci des Bundes, ohne den Cha-

rakter einer *pia causa*. Das Legat sei somit gemäß § 2 litt. d cit. von der Erbschaftsteuer nicht befreit. Ebenso wenig handle es sich hier um eine dem Bunde auferlegte direkte Steuer, von welcher derselbe zufolge des Art. 7 des Bundesgesetzes über die politischen und polizeilichen Garantien der Eidgenossenschaft vom 23. Dezember 1851 (lautend: „Die Bundeskasse und alle unter der Verwaltung des Bundes stehenden Fonds sowie diejenigen Liegenschaften, Anstalten und Materialien, welche unmittelbar für Bundeszwecke bestimmt sind, dürfen von den Kantonen nicht mit einer direkten Steuer belegt werden“) befreit wäre. Die Erbschaftsteuer werde nach dem Wortlaute des kantonalen Gesetzes nicht von den einzelnen Erben oder Legataren sondern von der Erbschaftsmasse erhoben, ähnlich wie eine Verkehrsgebühr bei Handänderungen und dergleichen; sie sei nicht sowohl eine Steuer vom Vermögen der Erben oder Legatäre, als vielmehr ein Antheil des Staates als Mitgenuß des Erbfales; jedenfalls sei sie keine direkte Steuer.

C. Der Schweizerische Bundesrath trägt auf Abweisung der Klage unter Kosten- und Entschädigungsfolge an, indem er in eingehender Erörterung ausführt, daß einerseits es sich hier um ein Legat zu gemeinnützigen Zwecken handle, welches gemäß § 2 litt. d des zürcherischen Erbschaftsteuergesetzes von der Erbschaftsteuer befreit sei und daß andererseits die zürcherische Erbschaftsteuer eine wirkliche, unmittelbar den Erben oder Vermächtnißnehmer treffende, also eine direkte Steuer sei, mit welcher der Bund nach Art. 7 des Gesetzes vom 23. Dezember 1851 nicht belegt werden dürfe.

D. In Replik und Duplik sowie bei der heutigen Verhandlung halten die Parteien unter erneuter, eingehender Begründung an ihren Ausführungen und Anträgen fest.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Die Kompetenz des Bundesgerichtes ist von keiner Partei bestritten worden; nach bekanntem Grundsatz muß indeß dieselbe von Amteswegen geprüft werden.

2. Die Parteien haben sich nicht darüber ausgesprochen, aus welcher Gesetzesbestimmung sie die Zuständigkeit des Bundes-

gerichtes ableiten. Es scheint indeß, dieselben gehen davon aus, die Streitfache falle unter Art. 27 des Organisationsgesetzes, wonach das Bundesgericht beurtheilt „civilrechtliche Streitigkeiten zwischen dem Bunde und einem oder mehreren Kantonen.“ Allein die Streitfache ist nicht civil- sondern öffentlich-rechtlicher Natur. Freilich geht das Klagebegehren auf eine Geldleistung; dies ist aber für die rechtliche Natur des Klageanspruches nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, daß nicht eine aus privatrechtlichen Beziehungen zwischen den Parteien, sondern eine aus der staatlichen Steuerhoheit des Kantons Zürich gemäß der bestehenden Steuergesetzgebung abgeleitete Forderung geltend gemacht wird; derartige Steuerforderungen gehören nach konstanter bundesrechtlicher Praxis, nicht dem Privat- sondern dem öffentlichen Rechte an. Unzweifelhaft wäre denn auch nach der Gesetzgebung des Kantons Zürich die vorliegende Erbsteuerstreitigkeit nicht als Civil- sondern als Verwaltungstreitfache zu behandeln. Auch insoweit es sich darum handelt, ob nicht der beklagte Bundesfiskus durch Art. 7 des Bundesgesetzes betreffend die politischen und polizeilichen Garantien vom 23. Dezember 1851 von der streitigen Steuer befreit sei, liegt nicht ein Privatrechtsstreit vor. Allerdings hat das Bundesgericht stets festgehalten, daß eine durch besondere hoheitliche Verleihung einem Privaten oder einer Korporation und dergleichen ertheilte Steuerbefreiung ein Privatrecht des Eximierten begründe und daher den Gegenstand eines Civilprozesses bilden könne. Allein hier liegt dieser Fall nicht vor. Die vom Bunde in Anspruch genommene Steuerbefreiung gründet sich nicht auf eine besondere hoheitliche Verleihung (ein Privileg im engeren juristischen Sinne des Wortes), sondern auf ein Gesetz, einen Rechtsatz des singulären Rechts, welcher ein Privatrecht des Bundesfiskus zu begründen nicht geeignet ist, wie er denn zweifellos, ohne jeden Eingriff in erworbene Rechte, vom Gesetzgeber jederzeit beseitigt werden könnte.

3. Handelt es sich also nicht um eine Civilstreitigkeit, so ist das Bundesgericht als Civilgericht nicht kompetent. Als Staatsgerichtshof sodann sind dem Bundesgerichte nach Art. 57 des Organisationsgesetzes wohl staatsrechtliche Streitigkeiten

zwischen Kantonen ganz allgemein zur Entscheidung zugewiesen, nicht aber solche zwischen Kantonen und Bund. Hier ist vielmehr die Kompetenz des Bundesgerichtes gemäß Art. 56 Abs. 1 des Organisationsgesetzes (Art. 113 Ziffer 1 der Bundesverfassung) auf die Beurtheilung von „Kompetenzkonflikten zwischen Bundesbehörden einerseits und Kantonalbehörden andererseits“ beschränkt. Ein solcher Kompetenzkonflikt liegt aber, zur Zeit wenigstens, nicht vor. Ein Kompetenzkonflikt setzt voraus, daß gemäß ausdrücklichem Beschlusse einer Bundesbehörde einer- und einer Kantonalbehörde andererseits, zwischen Bund und Kanton die Ausdehnung der beidseitigen Hoheitsrechte bestritten sei, sei es mit Bezug auf die Befugniß, in einem einzelnen Falle zu verfügen oder zu entscheiden, sei es mit Bezug auf das Recht der Gesetzgebung oder Verordnung über eine bestimmte Materie. Diese Voraussetzungen sind hier offenbar nicht gegeben.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Auf die Klage wird wegen Inkompetenz des Gerichtes nicht eingetreten.

VI. Civilstreitigkeiten

zwischen Kantonen einerseits und Privaten
oder Korporationen andererseits.

Différends de droit civil

entre des cantons d'une part et des particuliers
ou des corporations d'autre part.

86. Arrêt du 4 Novembre 1887 dans la cause
Lambelet contre Vaud.

Dans les conclusions de leur demande, maintenues dans leur réplique et renouvelées à l'audience de ce jour, les demandeurs Louis Lambelet à Forel, et Abram-Isaac Lambelet au Tronchet, anciens pionniers, ont requis qu'il plaise au

Tribunal fédéral prononcer par sentence avec dépens que l'Etat de Vaud est leur débiteur et doit leur faire prompt paiement à chacun d'une somme de trois mille deux cents francs avec intérêts au 5 % dès la demande juridique, à titre d'indemnité pour le dommage qui leur a été causé par leur révocation illégale et la publication insérée à leur égard dans la *Feuille des avis officiels*.

Dans sa réponse, l'Etat de Vaud a pris les conclusions suivantes, qu'il a également maintenues, soit dans sa duplique soit à l'audience hodiernie :

Se déterminant sur les conclusions de la demande, vu la dénonciation d'instance à A. Ganty, voyer à Lutry, l'Etat de Vaud constate que la somme de 3200 francs est réclamée par chacun des demandeurs pour deux motifs distincts, à savoir :

- a) une prétendue révocation illégale ;
- b) la publication insérée à l'égard des demandeurs dans la *Feuille des avis officiels*.

I. Sur le premier chef, soit motif des conclusions des demandeurs, l'Etat de Vaud conclut avec dépens à libération des conclusions de la demande.

II. Sur le second chef, soit second motif des dites conclusions, l'Etat de Vaud, tant en son nom personnel qu'au nom de A. Ganty, voyer à Lutry, déclare offrir à chacun des deux demandeurs la somme de cent francs à titre de dommages-intérêts et frais.

Sous le bénéfice de cette offre, l'Etat de Vaud conclut avec dépens également à libération du surplus des conclusions de la demande.

Statuant en la cause et considérant en fait :

1° Les deux demandeurs ont rempli dans le canton de Vaud les fonctions de pionniers, soit cantonniers, Louis Lambelet depuis 1847, et Abram-Isaac Lambelet depuis 1881. Il n'est point contesté qu'ils ont été élus à ces fonctions pour quatre ans à partir du 1^{er} Janvier 1883, conformément aux art. 1 et 2 de la loi vaudoise du 21 Mai 1878 sur la nomination des fonctionnaires publics.